

Kleine Anfrage Eva Chen (AL): Umgang mit Forderungen nach mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Die Treppen zwischen Matte und Altstadt stellen aufgrund fehlender Fluchtwege und enger, unübersichtlicher Bauweise typische Angstorte für potenzielle Übergriffe sexueller Gewalt dar. Von einer betroffenen Person wurden deshalb folgende Forderungen gestellt und via Bund-Artikel «Die Gruseltreppen von Bern»¹ veröffentlicht:

- Die Stadt Bern soll mit kleinen Massnahmen - etwa dem Anbringen von Spiegeln sowie einer besseren Beleuchtung - die Treppen übersichtlicher gestalten.
- Die Stadt soll dafür sorgen, dass der Mattelift rund um die Uhr und unentgeltlich genutzt werden kann.
- Die Polizei soll vermehrt auf den Treppen präsent sein.

Die Forderungen sind konkret und beinhalten realistische Ziele. Die Stellungnahmen von Gemeinderat, Sicherheitskommission und Denkmalschutz hingegen, sind ausweichend und verharmlosend. Fast schon beispielhaft illustrieren sie, wie solche Anliegen heute leider immer noch nicht ernst genug genommen werden.

Die Tendenz die Bedeutung persönlicher Erfahrungen zu minimieren und die Bemühungen betroffenen Personen einzureden, dass ihre Ängste unbegründet seien, sind manipulativ und können als Form des Gaslighting² verstanden werden. Ja, teilweise geht es um ein subjektives Sicherheitsgefühl, die Quantifizierung und Sichtbarmachung ist aber ohne Sammeln solcher Statements gar nicht erst möglich. Deshalb braucht es eine Anlaufstelle, wo Anliegen der persönlichen Sicherheit platziert werden können und auch gehört werden.

Anliegen der persönlichen Sicherheit im öffentlichen Raum liegen im städtischen Zuständigkeitsbereich. Aktuell ist es zu unklar, wo subjektive Anliegen der persönlichen Sicherheit im öffentlichen Raum deponiert werden können.³ Dadurch besteht die Gefahr, dass die Verantwortung abgeschoben wird, subjektive Anliegen minimiert und schliesslich ignoriert werden. Das befeuert die Gaslighting-Kultur rund um Anliegen der persönlichen Sicherheit, insbesondere betreffend sexualisierter Gewalt.

Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wenn der Gemeinderat Anliegen der persönlichen Sicherheit im öffentlichen Raum nicht in seiner Verantwortung sieht, an wen kann Mensch sich wenden?
2. Welche Ressourcen stehen zur Verfügung, um die Umgestaltung von «Angstorten» im öffentlichen Raum anzugehen?

Bern, 27. Januar 2022

Erstunterzeichnende: Eva Chen

Mitunterzeichnende: Tabea Rai, Jemima Fischer

¹ <https://www.derbund.ch/die-gruseltreppen-von-bem-629439541136> (24.01.2022)

² <https://www.duden.de/rechtschreibung/Gaslighting> (24.01.2022)

³ Vgl. <https://www.bern.ch/themen/sicherheit> (27.01.2022)